

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seiger Straße 32. IV., Volkshaus
Telephon 755

Anzeigen: An Gebühren werden den Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages angenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 3

Sonnabend, den 19. Januar 1918.

22. Jahrgang.

Steinarbeiter als Schwerstarbeiter anerkannt.

Der Vertrauensmann der Zählstelle Löwenberg (Schlesien), Kollege Biegert, wandte sich am 30. November 1917 an den Kreisaußschuß, damit die in den Plogwitz und Radwitzer Steinbrüchen beschäftigten Kollegen als Schwerstarbeiter anerkannt werden sollen. Am 3. Januar 1918 ging folgende bejahende Antwort ein:

„Steinarbeiter werden als Schwerstarbeiter anerkannt. Die Zuschmäcken hat diejenige Firma, bei der die Arbeiter beschäftigt sind, beim Kreisaußschuß zu beantragen.
Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.“

Endlich ist einmal ein voller Erfolg auf diesem Gebiete zu verzeichnen. Im schlesischen Steinindustriebezirk Bunzlau plagierte die Lungen- und Nierenkrankheit im starken Maße, so daß es ungemein bedauert werden kann, daß man unsere Eingaben immer ignorierte. Nun hat der Kommunalverband Löwenberg doch immerhin den Anfang mit der Anerkennung als Schwerstarbeiter gemacht.

Die schlesischen Steinindustriellen unterstützen das Vorgehen unserer Verbandsmitglieder ebenfalls. Die Leitung des Verbandsbezirks III (Schlesien) vom „Deutschen Steinindustrieverband“ hat durch ihren Vorsitzenden, Herrn Julius Meyer (Sauer), an die schlesischen Kommunalverbände eine Eingabe gerichtet, welche lautet:

Striegau, den 8. Januar 1918.

An den
Kreis-Kommunalverband.

Dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands ist vom Herrn Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes auf eine Eingabe, betreffend Bewährung der Schwerstarbeiterzulagen für die Steinarbeiter, der Bescheid gemorben, daß auf Grund des Erlasses vom 28. September 1917 C. III 3424 die Möglichkeit besteht, auch den Wünschen der Steinarbeiter Rechnung zu tragen. Die Anerkennung der Steinarbeiter als Schwerstarbeiter könne aber lediglich durch den Kommunalverband erfolgen. Dieser habe die Möglichkeit, unter Anhörung des Arbeiterausschusses auch solche Arbeiter, welche nicht unter die in dem Erlass angeführten Gruppen fallen, unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse als Schwer- und Schwerstarbeiter anzuerkennen.

Auf Grund dieses Bescheides vom Herrn Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes sind nun die Arbeiter aus den Betrieben der schlesischen Steinindustrie an ihre Arbeitgeber mit dem Ersuchen heranzutreten, auch ihrerseits die Bestrebungen der Arbeiterchaft auf Anerkennung als Schwerstarbeiter zu unterstützen.

Im Namen der unserem Verbandsbezirk angeschlossenen, in der Anlage verzeichneten Betriebsinhaber richten wir nun an den Kommunalverband die ergebene Bitte, die Arbeiter dieser Betriebe als Schwerstarbeiter anerkennen zu wollen.

Zur Begründung dieses Antrages verweisen wir auf folgenden Wortlaut der Eingabe, welche seitens des Zentralverbandes der Steinarbeiter dem Herrn Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes eingereicht wurde:

„Der Beruf eines Steinarbeiters — wir gebrauchen hier den Sammelnamen — ist ein sehr schwerer. Es ist dies gleichgültig, ob es sich um Brecher, Transportierer, Pflastersteinschneider, Steinmehnen, Schleifer usw. handelt. In den verschiedensten Branchen der Steinindustrie muß körperlich sehr schwer gearbeitet werden, schwächliche Leute halten es dabei nie lange aus. Von unserem Verbandsbezirk sind 78 Proz. der Mitglieder eingezogen, ein Beweis, daß die Steinarbeiter kriegsbrauchbare Leute sind. Woraus geschlossen werden kann, daß in der Steinindustrie, wegen der Schwere des Berufes, nur körperlich geeignete Leute in Frage kommen. Die Steinarbeiter sind besonders erkaunt, daß ihr Beruf als Schwerstarbeiter nicht gelten soll. Unsere Kollegen haben mindestens eine so schwere Arbeit wie die Bergarbeiter und die Arbeiter in den Stahlfabriken. Die Brecher und die Steinmehnen müssen den ganzen Tag über den schweren Hammer führen. Daß diese bei der jetzigen Zubereitung der Rationen nicht bestehen können, wird jeder Fachmann bestätigen können. Wir verweisen darauf, daß wegen der Schwere des Berufes im Jahre 1902 der Bundesrat für einen großen Teil der Arbeiter den Neunkunden-Arbeitslohn einführte.“

Weller ist bekannt, daß unter den Steinarbeitern etwa 85 Proz. der Verstorbenen an der Lungenschwindsucht zugrunde gingen. Herr Professor Dr. Sommerfeld-Berlin hat dieses in einer umfangreichen Broschüre wissenschaftlich, mit großem Zahlenaufwand, zur Darstellung gebracht.

Die Steinbrüche und Steinmehnenwerke liegen meist ab von den Dörfern und Marktflecken, so daß unsere Kollegen zur Arbeitsstätte schon einen weiten Weg zurücklegen müssen.

In den Steinbrüchen muß mit den schwersten Eisenstangen, Zuschlagshämmern, Winden, Krähnen hantiert werden; daß diese Arbeitsleistung körperlich sehr viele Kräfte erfordert, ist wohl naheliegend. Die Steinmehnen wiederum haben eine sehr schwere Arbeitsoperation den Tag über auszuführen, dabei müssen sie noch den vielen aufgewirbelten Staub einatmen.“

Wir können uns nicht vorstellen, daß die Richtigkeit dieser Begründung nur in vollem Umfange bekräftigen und dementsprechend die Bemühungen der Arbeiterchaft unterstützen.

Eines geneigten Bescheides sind wir gern gewärtig und zeichnen hochachtungsvoll
Deutscher Steinindustrie-Verband, C.V., Verbands-Bezirk III (Schlesien).
Der Vorsitzende gez. Meyer.

Wir freuen uns, daß die Herren Unternehmer sich ebenfalls der Sache der Arbeiter annehmen. In den schlesischen Zählstellen haben deshalb die Ortsverwaltungen ungehindert die Kommunalverbände heranzugehen, auch wenn bereits

Ablehnung erfolgt ist. Die Antragsteller haben sich dabei auf die Eingabe der Herren Unternehmer vom 8. Januar 1918 zu berufen. So knapp sind die Vorräte nicht, daß eine höhere Rationierung etwa nicht erfolgen könnte. Auch in den nicht-schlesischen Bezirken ist ein geschlossenes Vorgehen mit den Unternehmern anzustreben. Dadurch kann eher ein Erfolg erzielt werden.

Ein Entgegenkommen auch in Mecklenburg.

Die Zählstelle Rostock berichtet, daß auch dort ein Erfolg gebucht werden kann. Dem Vorsitzenden ging folgender Entschcheid zu:

„Die Steinmehnen erhalten sämtliche eine Zusatzbrotkarte. Wir sind bereit, eine zweite Zusatzbrotkarte zu bewilligen und geben anheim, die Steinarbeiter zu veranlassen, einen diesbezüglichen Antrag auf dem vorgeschriebenen Formular hierher einzureichen. Eine ausnahmslose Anerkennung als Schwerstarbeiter ist nicht möglich und nur im Einzelfalle nach vorheriger Prüfung der zu verrichtenden Arbeit angängig.“
Das Polizeiamt.“

Die Kollegen haben natürlich die zweite Zusatzbrotkarte sofort verlangt. In Rostock wird vorwiegend schwedisches Granitmaterial verarbeitet, die Steinmehnen und Schleifer haben bei der Arbeit eine sehr angestrengte Tätigkeit zu verrichten, so daß eigentlich der Entschcheid viel weitergehender lauten mußte. Aber immerhin wurde ein Entgegenkommen gezeigt.

Eine sehr erfreuliche Nachricht traf nach Redaktionsschluß aus Königshain (Oberlausitz) ein. Die Arbeiter des großen Granitwerkes von Thaden & Co. sind durch Landratsamtsbescheid Görlitz als Schwerstarbeiter anerkannt worden. Allerdings lautete der erste Bescheid vom 3. Dezember 1917 ablehnend, aber im Nachbescheid vom 2. Januar wurde die Anerkennung ausgesprochen. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Granitarbeiter auch im Gebiete Demitz-Schramitz die Frage erneut aufrollen müssen.

Bayerische Granitindustrie und der Handelsvertrag mit Osterreich-Ungarn.

Die Aufgaben der Gewerkschaften erheischen eine immer umfangreichere Tätigkeit. Die deutschen Arbeiter haben besonders ein Interesse daran, daß bei Ende des Krieges, der von den Alliierten ins Auge gefaßt, Wirtschaftskrieg, keine greifbaren Formen annehmen kann. Aber auch schon in normalen Zeiten, haben eine Reihe von Gewerkschaften ein großes Interesse daran, wie sich die Handelsbeziehungen mit den anderen Ländern abspielen. Die österreichisch-ungarische Monarchie hat beispielsweise schon seit 25 Jahren Einfuhrzölle für Steinwaren festgesetzt, die einfach grotesk genannt werden müssen. Die bayerische Granitindustrie hat darunter stark zu leiden, sie geht dem vollen Ruin entgegen, wenn nicht ein Abbau der Zölle eintritt. Unsere Verbandsleitung hat sich mit dieser äußerst wichtigen Frage beschäftigt und an das bayerische Staatsministerium des Innern und andere Reichsbehörden folgende Eingabe gerichtet:

Betrifft Abbau der hohen
Steinzölle gegenüber
Osterreich-Ungarn.

An

das Königliche Staatsministerium des Innern
in München.

Euer Ergeßenz!

Die bayerische Natursteinindustrie befindet sich in einer nicht beneidenswerten Lage. In den streifen: Unterfranken, Mittelfranken und der Rheinpfalz, ist die Sandsteinindustrie rapide zurückgegangen. Zahlreiche von äußeren Umständen Steinmehnen und Brechern haben in anderen Branchen Unterkommen suchen müssen. Der Staatsregierung bleiben diese Zustände nicht verborgen, denn sowohl die Arbeiter wie die Herren Unternehmer haben auf den Verfall der Industrie hingewiesen und um Unterstützung gebeten. Nur durch das Aufblühen der Muschelkalkindustrie ist den unterfränkischen Steinmehnen etwas Erleichterung geboten.

Bayern hatte bisher eine recht bedeutungsvolle Granitindustrie, welche vorwiegend in Niederbayern, Oberpfalz und hauptsächlich in Oberfranken dominiert. In Oberfranken befinden sich die großen Schleiferbetriebe, die wegen ihrer erakten Arbeit, besonders in Frankreich, Brasilien und den Südamerikanischen Staaten, bekannt sind.

Es wird nun lange dauern bis nach Friedensschluß, damit die Oberfränkische Granitindustrie wieder daran denken kann, auf dem Gebiete des Exportes erblühend tätig sein zu können.

Wie aus den Preissenotizen und den Neukernern verschiedener Abgeordneter hervorgeht, werden zur Zeit mit den Wirtschaftsvertretern Osterreich-Ungarns Verhandlungen gepflogen wie der unfünftige Handelsvertrag gestaltet werden soll. An diesen Verhandlungen haben die bayerischen Steinarbeiter ein recht großes Interesse. Im Handelsvertrag mit Osterreich-Ungarn wurden

zu Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts Zölle auf Steinwaren und Steinprodukte festgesetzt, die den völligen Ruin der Niederbayerischen Granitwerkstein-Industrie mit sich brachten.

Die Herren Steinindustriellen erkannten anscheinend erst zu spät, welche nachteiligen Folgen die hohen Zölle mit sich bringen würden. Die Steinarbeiter, damals in volkswirtschaftlicher Hinsicht noch nicht so aufgeklärt, kamen erst noch später darauf, in welcher Weise der österreichisch-ungarische Handelsvertrag den Interessen der bayerischen Steinarbeiter schädlich war.

Wir lagen ohne Einschränkung, wenn im zukünftigen Handelsvertrag die Steinzölle gegenüber unserem Verbündeten nicht bedeutend herabgesetzt werden können, dann ist die Niederbayerische Werksteinindustrie vollkommen ruiniert. Wenn sich dieselbe bisher immerhin noch etwas halten konnte, so deshalb, weil die Pflastersteine nach Osterreich-Ungarn zollfrei eingehen dürfen.

In den niederbayerischen Orten: Gausenberg, Tittling, Bückberg, Kalkened, Fürstzell, Neuhaus (Am), Metten, Edensteden, Rindnach, Ruhmannsrieden, Patersdorf, Offenberga, Fürstentstein, Waibing usw. hatten wir eine bedeutende Werksteinindustrie. Dieselbe ist dahin, nachdem die Ausfuhr nach Osterreich unterbunden war. Es ist nötig, heute noch Betrachtungen darüber anzustellen, ob damals unseren Herren Unterhändlern die Tragweite jener Zollposition nicht im vollen Umfang klar war. Die organisierten Steinarbeiter eruchen deshalb dringend, daß ihre Vertreter bei den zukünftigen Verhandlungen frühzeitig als Sachverständige gehört werden.

Wenn dem Rückgang der Steinindustrie nicht Einhalt getan werden kann, dann befürchten wir, daß nach dem Kriege unsere Kollegen die heimatischen Gebiete verlassen, um nach Norddeutschland abzuwandern. Wir haben bisher dem Verlangen unserer Kollegen mit Nachdruck abgeraten, ob dieses auf die Dauer unerlebensmäßig sein wird, können wir heute noch nicht behaupten.

Welches sind die schädigenden Zollpositionen?

Da bei besonders auf Position 391 verwiesen, dort heißt es unter anderem:

„Steine auf mehr als 3 Seiten geißt, jedoch sonst roh oder bloß behauen; Steinplatten in der Stärke von mehr als 16 Zentimeter, bloß geißt oder gespalten, pro Doppelzentner 1 Krone Zoll.“

In der Praxis ist es so, daß der Zoll auf roh behauene Steinplatten etwa so viel ausmacht, als wie der Arbeitslohn nebst Gestehungskosten des Rohmaterials.

Position 394 lautet:

„Steinsäulen in der Stärke von 16 Zentimeter oder weniger, weiter bearbeitet, auch verblüht oder poliert, aus Granit, Porphyre, Sphenit und ähnlichen harten Gesteinen, per Doppelzentner 20 Kronen Zoll.“

Dieser Zoll macht eine Ausfuhr aus dem Fichtelgebirge, wie wir nach darlegen werden, beinahe unmöglich. Granit hat immerhin ein hohes spezifisches Gewicht, im Durchschnitt wohl 2,50. Da kommen ja bei den kleinsten Maßstäben Zollbeträge heraus, die der Kaufmann mit Stamma vernimmt. Das ergibt ja auf den Kubikmeter geschliffener Steinwaren an die 100 Mark Zoll. Im Fichtelgebirge wird viel Granit aus Schweden verarbeitet, der Kubikmeter kostet in Preidenszeiten etwa 350 Mark, es ergibt sich somit, daß Zoll und Rohmaterial schon den Betrag von über 700 Mark ergeben.

Position 397 lautet unter anderem:

„Nicht besonders benannte Arbeiten aus Granit, Porphyre, Sphenit und ähnlichen Steinen, behauen, geißt oder geschrotet, schlicht profiliert, oder schlicht gearbeitet, nicht gedreht, pro Doppelzentner 3,60 Kronen Zoll.“

Diese Position bedeutet für die niederbayerische Steinindustrie wahrhaftig den Todesstoß. Die sehr häufig vorkommenden Arbeiten, wie Sockelplatten, Treppensitzen (sogenannt oder profiliert), Fensterränke, Säulen, Säulengestänge usw., fallen unter diese Position. Für den Kubikmeter Arbeitslohn werden, je nach der Verarbeitungsart und Härte des Granits etwa 60-80 Mark bezahlt. Da ein Kubikmeter Granit im Mittel 23 Doppelzentner wiegt, so kommt für diese gewöhnlichen Arbeiten ein Zoll von 82,8 Kronen in Betracht. Bei einer solchen Verzollung ist bearg der Wirtschaftsverkehr mit den nachfolgenden Grenzstädten völlig unmöglich. Und wahrhaftig, während mit Osterreich-Ungarn jener Handelsvertrag zustande kam, ging es mit der niederbayerischen Granitindustrie schrecklich herab.

In Position 397 heißt es weiter:

„Nicht besonders benannte Arbeiten aus Granit, Porphyre oder Sphenit und ähnlichen harten Steinen, ganz oder teilweise geschliffen, poliert, verarbeitete oder verblüht, pro Doppelzentner 20 Kronen Zoll.“

Draufende Beispiele über die unerhöht hohen Zölle.

Beispiel 1. Ein Denkmal, welches mit 1800 M. veranlagt ist, profiliert wird, aus Granit, Sphenit, Porphyre oder Labrador hergestellt wird und einen kubischen Inhalt von 0,750 Kubikmeter hat, kostet 20 M. Zoll. Das ergibt Zollgebühren in der Höhe von etwa 25 Prozent.

Beispiel 2. Ein Denkmal im Gesamtvolumen von 123 M., teils poliert, teils geschliffen, nicht profiliert und einem kubischen Inhalt von 0,970 Kubikmeter, kostet 25 M. Zoll, also nahezu 20 Prozent.

Beispiel 3. Eine komplette Laduna profilierter, gestochter Werkstücke, etwa 70 laufende Meter umfassend, kostet 630 M. Zoll, nahezu 70 Prozent vom Werte, welcher 900 M. beträgt. (Stimmt für Niederbayern und Oberbayern besonders in Betracht.)

Beispiel 4. Fassadenplatten, 2 bis 2,5 Zentimeter stark, kosten pro Quadratmeter 20 M. Zoll. Der Verkaufspreis beträgt pro Quadratmeter 100 M.

Die Beispiele zeigen wohl nur Genügend, daß unter solchen Verhältnissen eine Ausfuhr nach Österreich-Ungarn beinahe unmöglich ist. Die bayerische Steinindustrie ist unter allen Umständen auf den Markt der Nachbarländer angewiesen.

Der Zusammenhang zwischen der Zukunft österreichischer Wirtschaft eine größere Rolle spielen, als wie in der Vergangenheit. Wenn wirklich das Eintreten sollte und die hohen Zölle in der bayerischen Steinindustrie nicht abgebaut, dann hätte die bayerische Wald-Steinindustrie davon absolut keinen Nutzen. Es kann der Fall eintreten, daß die vorzüglichen Granite des bayerischen Waldes einfach umgehoben bleiben und die bayerische Steinindustrie vollständig verdrängt.

Als Arbeiter haben wir uns auch die Frage vorgelegt, ob wir mit unserem Antrag etwa die Interessen der österreichischen Steinindustrie schädigen? Wir können mit gutem Gewissen behaupten, daß dies nicht im geringsten der Fall ist. Wir unteren Ables können nicht die Städte reden und läßt der Tonen geladen in Frage. Das verbündete Österreich-Ungarn ist territorial so groß, daß die Einfuhr aus zwei bayerischen Kreisen, wir meinen die Götterseiner, für die Monarchie absolut nicht ins Gewicht fällt. Der bayerischen Steinindustrie wäre sehr bedauerlich, wenn die Zölle bedeutend herabgesetzt würden.

Die bayerischen Granitarbeiter haben uns wiederholt ermahnt, den in diesem Schreiben dargelegten Standpunkt der Regierung mitzuteilen. Wir kommen dem nach, und erlauben die zukünftigen Instanzen sich über die Stellungnahme der Steinarbeiter richtig informieren zu wollen.

Daß wir berechtigt sind im Namen der bayerischen Steinarbeiter zu sprechen, möchten wir davon ableiten, daß der größte Teil unserer Verbände angehört.

Mit der Lage der bayerischen Steinindustrie hat sich überdies eine Monarchie im österreichischen Ministerium des Neuern beschäftigt, und zwar am 19. September 1915. Es wurde damals ein umfangreiches Protokoll über die Verhandlungen herausgegeben, auf welches wir verweisen möchten.

Sobald Verhandlungen im Anzuge sind mit Österreich-Ungarn, welche diesen Gegenstand betreffen, bitten wir als Sachverständige gehört zu werden, ebenfalls wären auch Arbeiter aus der Granitindustrie anzuhören.

Es zeichnet mit großer Beobachtung ganz ergeben
Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands
(Z. S. A. D.)

Offentlich ist es möglich, daß ein Erfolg im Sinne der Forderung ermöglicht werden kann.

Vom sozialpolitischen Arbeitsprogramm der Gewerkschaften.

Daß unsere innere Politik einer Neuorientierung bedarf, darüber sind alle vorwärtstrebenden Schichten im Deutschen Reich einig. Auch die Regierung hat mehrfach darauf hingewiesen, daß sie der gleichen Ansicht ist. Vor dem Kriege war es die Regel, daß die Wünsche und Forderungen der Arbeiter unbeachtet blieben und daß sofort mit zweierlei Maß gemessen wurde, wenn es sich irgendwo um Arbeiterforderungen handelte. Die, die diese Politik getrieben haben, sind verantwortlich für die ungeheure Erbitterung, die sich in den Arbeitertreffen angeammelt hat und für das Mißtrauen, mit dem diese allen Regierungsmassnahmen gegenübersehen. Waren doch immer selbst dann, wenn von Regierungsseite Reformvorschlüsse irgendwelcher Art gemacht wurden, politische Gründe ausschlaggebend, Gründe, die darauf hinausliefen, der Arbeiterbewegung Fallstricke zu legen oder gar die Arbeiter zu entziehen. Das soll in Zukunft anders werden. Der große Lehrentwurf des Krieges hat das Eis gebrochen. Keinigstens angekündigt hat seinerzeit der Reichskanzler, daß in dem Kampfe der Parteien, der dem Kriege folgen werde, auch dafür gekämpft werden müsse, daß es in diesem Kampfe nur mehr Deutsche gebe. Gewiß ist es im allgemeinen bisher bei der Ankündigung geblieben. Die Forderungen, die nach gekämpft haben, waren nur Forderungen, das außerdem bedingt gewesen ist durch die besonderen Verhältnisse, die der Krieg mit sich brachte. Sie entbehren allzuviel des großen Zuges, genau wie unsere Sozialpolitik vor dem Kriege.

Die Hemmnisse sind antichristlich noch immer stärker als der gute Wille zu helfen. Der Einfluß der Kräfte, die daran interessiert sind, die Arbeiterbewegung niederzuhalten, ist ungeheuerlich am Wirken. Deshalb die immer wiederkehrenden Vertreibungen von oben auf die Zeit nach dem Kriege. Die Arbeiter sind aber nicht gefasert, sie damit zufrieden zu geben. Die immer größerem Nachdruck machen sie die Forderung geltend, daß sofort mit dem Reformwerk zu beginnen ist, und sie haben auch im einwandfreien Form dargelegt, wie sie sich dieses Werk denken.

Die Generalversammlung der Gewerkschaften Deutschlands hat nun ein umfangreiches sozialpolitisches Arbeitsprogramm zusammengestellt, welches von großer Bedeutung für die deutschen Gewerkschaften ist.

Der erste Teil des Programms organisatorischer Art. Ein Reichsministerium der Arbeit soll alle Gebiete des Wirtschaftslebens und alle Arbeiterangelegenheiten zusammenfassen und die zentrale Verwaltung für alle die Wirtschafts- und zentrale Arbeiterpolitik berührende Aufgaben bilden. Ihm soll ein Reichsarbeitsamt angegliedert werden, das als Beratungs-, Verwaltungs- und Entscheidungsbehörde gebildet ist und in dem neben Vertretern des Reichs und der Bundesstaaten Unternehmer und Arbeiter als Beisitzer mitwirken sollen. Landes- und lokale Arbeitsämter sollen die Organisation errichten. Gewerkschaften sind die heterogenen Beschäftigten Arbeiter zum Zweck in der sozialpolitischen Verwaltung. Dann wird die Schaffung einer gezielten Arbeitervertretung verlangt, indem die Forderung von Arbeitsämtern unter Verlegung ihrer Aufgaben angebracht wird. Die Forderung hat ihren Niederschlag auch bereits in einem Gesetzesentwurf gefunden, den die vereinigten Arbeiter- und Bauernvereine dem Reichstage unterbreiten haben. Diesen Forderungen soll sich die nach einem wirklich freien Organisationsrecht unter Beteiligung aller Interessierten annehmen.

Eingehend wird dann behandelt, warum die gesetzliche Regelung des Tarifvertragsrechts notwendig ist. Heute hat der Tarifvertrag die vollkommenste Form des Arbeitsvertrages, keine Rechtskräfte erhalten. Er wird in der Durchführung nur gehalten, wo keine Günstigeren nicht können sind. Abänderung und Ergänzung aber immer für möglich erklärt. Reichlich wird sich in der Verdrängung der Forderung gegen die Arbeitgeber gegenüber die tarifliche Unternehmer und ihren Interessen den ersten Besonderen, abgeschlossen werden und somit auch eine Verbesserung des Tarifvertrags verlangt. Die alte Forderung des Reichsarbeitsamtes, zu dessen Errichtung besondere Kommissare ernannt werden sollen, wird nun neuem Leben, wobei ein Entwurf dem Reichstag unterbreitet wird, daß es nicht möglich ist, den tariflichen Schlichter durch Zwangssetzung unterzuwerfen.

Die Forderung des Reichsarbeitsamtes, zu dessen Errichtung besondere Kommissare ernannt werden sollen, wird nun neuem Leben, wobei ein Entwurf dem Reichstag unterbreitet wird, daß es nicht möglich ist, den tariflichen Schlichter durch Zwangssetzung unterzuwerfen.

Vorschläge über den Ausbau des Arbeiterschutzes angliedern. Auch für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung wird die Vereinheitlichung gefordert, ebenso die Ausdehnung auf den gleichen Personenkreis. Neuregelung der Beitragsfrage und Ausbau der Versicherungsbeiträge, denen sich die Arbeitslosenversicherung anzupassen hat, wird mit Recht für notwendig erklärt.

Nachdem die Ausdehnung der Rentenversicherung auf dem gesamten Gebiet des Arbeiterrechts gefordert und begründet worden ist, wird auf die Arbeitsvermittlung eingegangen, deren reichsrechtliche Regelung unter Verbot jeder privatgewerblichen Stellenvermittlung verlangt wird, zugleich wird dargelegt, wie die Organisation gedacht ist, indem die Zusammenfassung der öffentlichen, gemeinnützigen und korporativen Arbeitsnachweise zu Arbeitsnachweisverbänden, Schaffung von Arbeitsnachweisämtern, Landesarbeitsnachweisämtern und einer Arbeitsnachweiszentrale für das Reich in Vorschlag gebracht wird.

Das Genossenschaftswesen, das berufen ist, nach dem Kriege in wirksamer Weise am Aufbau der Volkswirtschaft teilzunehmen, leidet heute noch unter allerlei Erschwerungen durch Gesetzgebung und Behörden. Diese Erschwerungen sind ebenso zu beseitigen wie die steuerliche Sonderbehandlung und die Einschränkungen der Teilnahme an gemeinnützigen Unternehmungen.

Auf die gewaltigen Forderungen an den Finanzbedarf des Reiches verweist man sofort auf die Staats- und Monopolbetriebe eingegangen, wobei an dieser Stelle natürlich auf die arbeitserrechtlichen Forderungen das Schwergewicht gelegt wird. Dann reihen sich die wirtschaftspolitischen Forderungen an, bei denen der Abbau der Zölle auf Industrie und Agrarprodukte, Beseitigung der indirekten Steuern, der Einfuhrerleichterungen und der Ausfuhrprämien an erster Stelle stehen. Zu den sonstigen näher spezifizierten Forderungen gehört auch die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten neben den Unternehmern an der Wirtschaftspolitik durch gewählte Vertreter der unabhängigen Berufsverbände.

Auch bei den Vorschlägen über die Volksernährung stehen die auf Herabsetzung und allmähliche Aufhebung der Lebensmittelzölle voran. Bei der Wohnungsfürsorge wird der Erlaß eines Reichswohnungsgesetzes, u. a. auch eine Reform des Mietrechts gewünscht. Ausführliche Forderungen, die Volkshygiene und Volkserziehung betreffend, schließt das Programm, das seinen Eindruck nicht verfehlen wird. Erinnert es doch die herrschenden Kräfte an so vieles, das zu tun sie bis jetzt verweigert oder dem Willen des Volkes entgegengekehrt regeln. Daß all die Forderungen nicht mit einem Male verwirklicht werden sollen oder können, wird in der Denkschrift wiederholt betont, aber darauf, daß es nicht angeht, sie in Gegenwart- und Zukunftsforderungen zu verlegen, wird nachdrücklich hingewiesen. Die sofortige Inangriffnahme wird für dringend erforderlich erklärt. Mit Recht. Schon viel zu lange hat die Regierung mit der Einlösung ihres Wortes über die innere Neuorientierung gezögert. Das, was die Arbeiter fordern, ist doch kein Geschenk, auf das sie wegen Wohlwollens Anspruch erheben, sondern es ist ihr gutes Recht. Daß dabei ihr Programm so umfangreich geworden ist, liegt nicht an ihnen. Es liegt an der Regierung, die bisher allzudeckelnd gewesen, den Arbeitern anstatt die Sozialpolitik zu fördern.

Rundschau.

Die Bewegung für eine erhöhte Lohnzulage ist im Gange in den großen Bezirken Böden (Sachsen) und Mayen (Rheinland). In beiden Bezirken wird eine Erhöhung der jetzigen Zulagen um 30 Prozent gefordert. Die Köhler Kollegen haben erachtet, daß die Verhandlungen am 20. Januar in Ebersbach stattfinden sollen. Für den Bezirk Mayen haben vorherhand die Basaltlava-Grubenbesitzer eine Erhöhung der Zulagen abgelehnt. Aber so ohne weiteres lassen sich die Kollegen nicht abspießen, es wird nun eine andere Instanz in der Sache miteinsetzen. Besonders unangenehm war den Herren Unternehmern, daß im „Steinarbeiter“ auf die amtlichen Zahlen der Steinbruch-Berufsvereinschaft, so weit die Lohnhöhe in Frage kam, Bezug genommen wurde. Gegen diese niedrigen Ziffern, die für die einzelnen Sektoren besonders aufgeführt sind, können die Herren nicht aufkommen.

Aus dem Magener Gebiet. Wie wir vernehmen, haben sich die Firmen des Basaltlava-Gebiets zur Wahrung ihrer Interessen zu einem Verein „Basaltlava-Industrie-Verband“ mit dem Sitz in Mayen zusammengeschlossen. Die Arbeiter in diesem Gebiet gehören bekanntlich 3 Verbänden, nämlich 2 christlichen Organisationen und unserem Verbande an.

Leistungen der Unterstützungsvereinigung.

Die Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten hat in neun Jahren folgende Leistungen aufzuweisen:

	Witwen- und Kinderrente	Steuerbegl.	Invalidentenrente	Waisenunterstützung
Im Jahre 1907	15 575.70	1 800	1 275.—	165.85
" 1908	19 530.64	2 200	2 700.—	200.—
" 1909	27 135.65	3 400	3 000.—	375.—
" 1910	34 939.90	3 400	6 975.—	600.—
" 1911	43 575.25	3 200	12 000.—	429.20
" 1912	52 389.45	3 600	15 352.80	697.50
" 1913	65 430.20	5 400	15 889.05	800.—
" 1914	74 949.94	4 500	19 282.75	1 304.35
" 1915	94 557.80	8 000	20 782.85	1 360.—

Diese Ausgaben zeigen, daß die Gründung der Unterstützungsvereinigung eine Notwendigkeit war.

Die Schotterwerke in der Rheinpfalz sind mit Heereslieferungen zur Zeit vollast beschäftigt. Die Aufträge können nicht alle erledigt werden. Dagegen liegen beinahe alle Pfälzischen Sandstein- und Pflastersteinbetriebe still.

In Gommern (Elbe) starb der Steinbruchbesitzer Herr Louis Schröder. Er war ein großer Gegner unseres Verbandes.

Frommer Wunsch.

Im „Deutschen Steinbildhauer-Journal“ lesen wir: „Recht empfindlich bemerkbar macht sich wiederum der Mangel an geschulten Arbeitsträften. Es wird notwendig sein, nach dem Kriege der Anlernung und Heranziehung von Spezialarbeitern die größte Sorgfalt angedeihen zu lassen.“

Dieser Anregung wird seitens der Steinindustrie wohl kaum stattgegeben werden. Die Ausbildung von Spezialarbeitern wird Kosten verursachen und daran wird der sicherlich gut gemeinte Vorschlag scheitern.

Aus Löwenberg (Schlesien) schreibt man uns: Auch hier hat der furchtbare, einlose Krieg wieder einen unserer Besten hinweggerafft. Unser Kollege, der Unteroffizier Max Steinböck, ist in einem Feldlazarett im Westen am 5. Januar an Krämpfe gestorben. Gewerkschaftlich wie politisch gekult, stand er stets in vorderster Reihe. Sein offenes und unerschrockenes Wesen hat ihm hier ein dauerndes und ehrendes Andenken gesichert.

Briefkasten.

Ospangow. Endlich wieder ein Lebenszeichen eingegangen. Mit der Schlussbemerkung sehr einverstanden. — J. S. Die Klage wird sicherlich zu deinen Gunsten entschieden werden. Anwesenheit wird anstandslos bewilligt. — H. in B. Daran können wir uns nicht einkaufen. Zu solchen Fragen muß Stellung genommen werden. — Zimmer Ernst. Auch wir glauben, daß solche Zeiten nicht mehr kommen. Laßt wieder von dir hören. — E. in H. Ja, auch wir werden „umgruppieren“ müssen. — S. Können wir glatt ablehnen. Sonst aber besten Gruß. — M. Werden abtragen. Zur Zeit noch nicht spruchreif. — H. O. Kraus. Dankend erhalten. — Meim. Wegen des vermissten Kollegen D. M. Nachforschung einzuziehen beim Zentralarbeitsnachweisbureau des Kriegsministeriums Berlin W 7, Dorotheenstr. 45. — B. Kommt kaum mehr zur Verwendung. In diesem Falle kommt es auf das Gutachten der Material-

prüfungsanstalt an. — Kamenz. Noch etwas Geduld, der Raum ist zu beschränkt. — Halle. Die Antwort der Behörde wird in der Spezialabhandlung behandelt.

Adressenänderung.

Erfurt. Vorf. und Kass.: Dito Reifinger, Wilhelmstr. 6, Oldenburg. Vorf. und Kass.: W. Johansen, Osterburg Oldenburg im Großherzogtum, Schützenhoffstr. 20. Alsenz (Rheinpfalz). Vorf. und Kass.: Adam Spies, B.

Allgemeines.

München. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Anton Fabrik Nr. 31 875, eingetr. 30. 4. 1904, ist verloren gegangen. Vorf. und Kass.: Die Ortsverwaltung.

Literarisches.

Die Kunstbeilagen zum „Deutschen Steinbildhauer-Journal“ zum Jahresabschluss gemeinschaftlich erschienen. Die zur Abbildung gebrachten Grabdenkmäler sind im Stil als sehr gefällig zu bezeichnen. Es haben nur hervorragende Künstler Entwürfe geliefert.

Die Glocke, sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Prof. Dr. (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68). Von oben erscheinende Heft 40 enthält u. a. folgende Artikel: Parous: Volkswirtschaft. Wilhelm Jansson: Das selbständige Finnland. Joh. Blenge: Lenz und Jenner zur kommenden Weltorganisation. W. Kolb: Das Ende des babilonischen Großbaus. Glossen. Einzelhefte 30 vierteljährlich 3.50 M. bei allen Buchhandlungen und Postämtern. Die Zeitschrift ist sehr lesenswert.

Quittung.

Vom 1. bis mit 12. Januar gingen bei der Hauptkasse folgende Gelder ein:
Klauen E. 80.10 M., Breslau 102.56 M., Büchberg 98.88 M., Glin II 83.82 M., Gschershausen 90.04 M., Einbeck 114.82 M., Gschershausen 9.52 M., Gera 42.40 M., Gumburg 488.96 M., Gumburg 38.48 M., Mannheim 78.80 M., Löwenberg 135.84 M., Rothmann 4.92 M., Reiffenhausen 14.92 M., Stettin 82.86 M., Stettin 68.56 M., Steinach 98.84 M., Würzburg 6 M., Wenta-K. 40.— M., Waten 10.97 M., Oberpeilau 31.02 M., Mainz 110.00 M., Halle 42.60 M., Landsberg 48.92 M., Selb. Inf. 2.40 M., Gomburg 171.20 M., Frankfurt a. O. Inf. 3.20 M., Kirchheim 132.10 M., Cassel 61.68 M., Braunschweig 9.32 M., Birna. Inf. 4.— M., Gumburg 32.90 M., Rempten E. 2.80 M., Strahlen 484.83 M., Rempten 14.04 M., Heppenheim 2.04 M., Heppenheim 24.54 M., Heppenheim Inf. 3.20 M., Hällich 163.54 M., Elgershausen 14.88 M., Goph 232.50 M., Eberdorf 82.56 M., Greiz 7.80 M., Gumburg Markt, Gomburg E. 15.40 M., Hohenberg 15.40 M., Meißner II Markt, München Inf. 1.60 M., Hof 300.20 M., Ströbel 48.80 M., Treuchtlingen 21.82 M., Deutmannsdorf 0.80 M., Göttingen Markt, Götting 69.16 M., Kamenz 31.64 M., Königsbain 88.84 M., Karlsruhe 37.76 M., Kaiserlautern 125.02 M., Magdeburg Markt, Meuselitz 27.08 M., Osterode 98.80 M., Rindisch 128.68 M., Rauban 18.40 M., Meißner I 119.28 M., Meißner Inf. 6.— M., Meißner 57.20 M., Königsbain 83.42 M., Oberdorf 40.82 M., Oshem 78.52 M., Straßburg 116.32 M., Würzburg 83.86 M., Plauer Markt, Berlin 78.70 M., Dresden 19.37 M.
Guo Walter, Kassierer

Anzeigen.

Tüchtige Granitsteinmetze

Hand- und Maschinenschleifer in dauernde Stellung gesucht.
M. Schnabel, Granitindustrie, Liegnitz

Tüchtiger Steinmetz

für Sandsteinarbeiten, der auch Schrift hauen kann und in der Grabbranche vertraut ist, findet lohnende Beschäftigung.
Bruno Merkel, Marmor- u. Granitwerk, Liegnitz

als Borarbeiter

sowie 3 tüchtige Maschinenschleifer und 3-4 Granitsteinmetze auf schwedischen Granit gesucht. Eintritt sofort. Dauernde Beschäftigung. Geht. Offerten mit Angabe der Lohnansprüche an:
Lothringer Granitwerke, Jos. Schmidt, Saargemünd i. Lothr.

Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:
Emil Oskar Neubert, 34 Jahre alt, aus der Zahlstelle Birna.
Max Stielgie, 39 Jahre alt, aus der Zahlstelle Löwenberg, Schl.
Josef Mahl, 22 Jahre alt, aus der Zahlstelle Reiffenhausen.
Fritz Wolf, 41 Jahre alt, aus der Zahlstelle München.
Heinrich Henneberger, 21 Jahre alt, aus der Zahlstelle Kirchheim.
August Winkler, 47 Jahre alt, aus der Zahlstelle Oberpeilau.
Willy Kohlsche, 21 Jahre alt, aus der Zahlstelle Kamenz.
Ehre ihrem Andenken!

(Wir erziehen die Vertrauensleute, daß auch bei der Werbung über die im Felde Gefallenen das Todesanzeigenformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)
In Berlin am 5. Januar der Granitsteinmetz Wilhelm Tipse, 50 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In Wunsiedel am 5. Januar der Granitsteinmetz Daniel Riedel, 42 Jahre alt, an Herzschlag.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staubinger, Verlag Paul Starke, beide in Leipzig.
Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königsstraße 5.